

2050

Umgang mit rechtsextremistischen Musikveranstaltungen

RdErl. des MI vom 25. 7. 2011 – 21.1-12206-9.5

– Im Einvernehmen mit MJ, MS, MW und MLV –

1. Allgemeines

1.1 Rechtsextremistische Musik hat durch ihre identitätsstiftende Funktion eine zentrale Bedeutung für die rechtsextremistische Szene. Die Musik dient dazu, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene an rechtsextremistisches Gedankengut heranzuführen. Häufig vermitteln Liedinhalte und Selbstdarstellungen von Musikgruppen und Liedermachern rechtsextremistische Feindbilder und nationalistische, fremdenfeindliche, antisemitische und antidemokratische Ideologien. So bilden Auftritte rechtsextremistischer Musikgruppen und Liedermacher einen festen Bestandteil zahlreicher Veranstaltungen rechtsextremistischer Kreise. Derartige Konzertveranstaltungen werden auch dazu genutzt, mit szenetypischen Devotionalien zu handeln (insbesondere Schriften und Tonträger, die strafrechtlich relevant oder jugendgefährdend sein können). Rechtsextremistische Musikveranstaltungen finden überwiegend in geschlossenen Räumen statt und werden oft als Privatfeiern (z. B. Geburtstagsfeiern) deklariert. Sie werden zumeist konspirativ vorbereitet, werden aber auch teilweise bei den Behörden angemeldet. Für die Durchführung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen stehen zum Teil Räumlichkeiten zur Verfügung, die sich in Privateigentum oder Privatbesitz von Personen der rechtsextremistischen Szene befinden. Des Weiteren werden auch fremde Räumlichkeiten (z. B. Gaststätten) angemietet.

1.2 Auf das Informationsangebot des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Ministeriums für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt zu Beratungsnetzwerken gegen Rechtsextremismus wird hingewiesen (abrufbar unter <http://www.kompetent-fuer-demokratie.de/>).

2. Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, Abgrenzung zu Versammlungen

2.1 Rechtsextremistische Musikveranstaltungen können die öffentliche Sicherheit oder Ordnung stören. Bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte sind sie mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu beschränken, zu verhindern oder zu beenden. Hierbei ist insbesondere die einschlägige Rechtsprechung zu beachten.

2.2 Bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen handelt es sich in der Regel nicht um Versammlungen im Sinne des Versammlungsrechts. Inwieweit eine Musikveranstaltung dennoch als Versammlung zu bewerten ist (z. B. kann das der Fall sein, wenn eine Versammlung angemeldet wird, die auch Musikdarbietungen enthält), ist im Wege einer Gesamtschau aller relevanten tatsächlichen Umstände im Einzelfall zu prüfen. Entscheidend ist, ob die jeweilige Veranstaltung ihrem Gesamtgepräge nach eine

Versammlung ist. Die Prüfung hat im engen Zusammenwirken zwischen allgemeiner Sicherheitsbehörde und Versammlungsbehörde, bei Erfordernis auch unter Einbeziehung des Landesverwaltungsamtes, zu erfolgen.

2.3 Das sicherheitsbehördliche und polizeiliche Vorgehen bei Veranstaltungen, die nicht dem Versammlungsbegriff unterfallen, richtet sich nach den Regelungen des Gefahrenabwehrrechts, insbesondere des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA). Je nach den Umständen des Einzelfalles können auch jugendschutz-, gaststätten-, gewerbe- oder bauordnungsrechtliche Vorschriften einschlägig sein. So sind im Vorfeld z. B. möglichst die Veranstaltungsräume auf die Einhaltung bauordnungsrechtlicher Bestimmungen sowie die jeweilige Veranstaltung auf die Einhaltung jugendschutz-, gewerbe- und gaststättenrechtlicher Bestimmungen zu überprüfen. Bereits hiernach kann es geboten sein, durch jugendschutz-, gaststätten-, gewerbe- oder bauordnungsbehördliche Maßnahmen gegen derartige Veranstaltungen vorzugehen.

3. Gefahrenprognose

3.1 Maßgeblich für die Frage, ob und wie gegen rechtsextremistische Musikveranstaltungen vorgegangen werden kann, ist die zu erstellende einzelfallbezogene Gefahrenprognose. Verbote, Beschränkungen und Veranstaltungsauflösungen setzen voraus, dass nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei der Durchführung der Veranstaltung konkret gefährdet ist.

3.2 Eine konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit (§ 3 Nr. 1 und Nr. 3 Buchst. a SOG LSA) liegt insbesondere dann vor, wenn anhand tatsächlicher Anhaltspunkte mit hinreichender Wahrscheinlichkeit mit der Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Veranstaltung zu rechnen ist. Hier kommen beispielsweise folgende Tatbestände in Betracht:

- a) § 86 des Strafgesetzbuches (StGB) – Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen,
- b) § 86a StGB – Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen,
- c) § 90a StGB – Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole,
- d) § 111 StGB – Öffentliche Aufforderung zu Straftaten,
- e) § 125 StGB – Landfriedensbruch,
- f) § 130 StGB – Volksverhetzung,
- g) § 131 StGB – Gewaltdarstellung,
- h) §§ 223, 224, 226, 229, 231 StGB – Körperverletzungsdelikte,
- i) Straftaten nach § 27 Abs. 1 des Jugendschutzgesetzes, insbesondere das Abspielen von Musik mit jugendgefährdenden Inhalten in Anwesenheit Jugendlicher,
- j) Ordnungswidrigkeiten nach §§ 117, 118 des Gesetzes über die Ordnungswidrigkeiten,
- k) Ordnungswidrigkeiten nach jugendschutz-, gaststätten-, gewerbe- oder bauordnungsrechtlichen Vorschriften.

3.3 Soweit anhand tatsächlicher Anhaltspunkte Handlungen der genannten Art oder die sonstige Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts zu erwarten sind, die nicht den Tatbestand einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit erfüllen (oder aus anderen Gründen noch nicht gegen die öffentliche Sicherheit verstoßen), kann eine Störung der öffentlichen Ordnung vorliegen (§ 3 Nr. 2 SOG LSA). Ob dies der Fall ist, muss im Zuge der Gefahrenprognose im Einzelfall ermittelt werden.

3.4 Die Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung kann dabei sowohl von den auftretenden Interpreten durch ihre Darbietung als auch von weiteren Teilnehmern der Veranstaltung durch ihr Verhalten ausgehen. Soweit also z. B. bereits bei anderen Gelegenheiten von einem bestimmten Teilnehmerkreis begangene Straftaten oder andere Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung bekannt geworden sind, kann dies ein Anhaltspunkt dafür sein, dass dies auch bei weiteren Veranstaltungen der Fall sein wird. Dies ist bei der Erstellung der Gefahrenprognose zu berücksichtigen.

3.5 Ob mit den unter den Nummern 3.2 bis 3.4 genannten Sachverhalten zu rechnen ist, kann sich bei der zu erstellenden Gefahrenprognose z. B. aus folgenden Erkenntnissen ergeben:

- a) polizeiliche und verfassungsschutzbehördliche Erkenntnisse über auftretende Musikgruppen oder Einzelinterpreten (z. B. polizeiliche oder verfassungsschutzbehördliche Einstufung als „rechtsextremistisch“, Verwendung strafrechtlich relevanter oder jugendgefährdender Texte auf Tonträgern oder bei vorangegangenen Konzerten, Teilnahme an vorangegangenen Konzerten oder sonstigen Veranstaltungen, bei denen Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu verzeichnen waren, laufende oder abgeschlossene Strafverfahren gegen Einzelinterpreten oder Mitglieder von Musikgruppen, Zugehörigkeit einzelner Mitglieder zu anderen Szenegruppierungen),
- b) polizeiliche oder verfassungsschutzbehördliche Erkenntnisse über die Person des Veranstalters, des Anmelders oder die Person, die für die Veranstaltung Gelände oder Räume zur Verfügung stellt (z. B. Grundstückseigentümer oder -pächter, Gaststättenbetreiber) sowie über sonstige zu erwartende Teilnehmer,
- c) Symbolträchtigkeit des Veranstaltungsortes oder des Veranstaltungszeitpunktes für die rechtsextremistische Szene,
- d) Motto der Veranstaltung,
- e) konspirative Vorbereitung der Veranstaltung,
- f) Zusammensetzung des zu erwartenden Teilnehmerkreises,
- g) Art und Weise oder Inhalt einer Einladung oder eines Aufrufs (z. B. Verwendung von rechtsextremistischen Grußformeln oder Symbolen, ausländerfeindliche Inhalte).

3.6 Bei Bekanntwerden einer bevorstehenden rechtsextremistischen Musikveranstaltung haben die zuständigen Sicherheitsbehörden und die Polizei sicherzustellen, dass

- a) eine gründliche Tatsachenerhebung und -bewertung erfolgt; dabei ist insbesondere hinsichtlich der Veranstalter, der Interpreten, der sonstigen Teilnehmer, der Zwecke und Ziele der Veranstaltung und so weiter sorgfältig zu recherchieren, damit eine rechtlich abgesicherte Entscheidung getroffen werden kann,
- b) auch unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus vorhergehenden Veranstaltungen eine schlüssige Gefahrenprognose erstellt wird,
- c) soweit möglich durch eine Anhörung des Veranstalters, des Grundstückseigentümers, Gaststättenbetreibers und gegebenenfalls weiteren Personen die Zielsetzungen hinterfragt werden, um die Gefahrenprognose zu festigen,
- d) ein intensiver Informationsaustausch zwischen allgemeinen und besonderen Sicherheitsbehörden, Polizei und Verfassungsschutzbehörde stattfindet, um entsprechende Aufklärungsergebnisse zu erhalten und
- e) fortwährend geprüft wird, ob aufgrund ergänzender Erkenntnisgewinnung ein Verbot, die Erteilung von Beschränkungen oder eine Auflösung der Veranstaltung rechtlich möglich oder geboten sind, auch wenn Gründe hierfür zunächst nicht vorgelegen hatten.

3.7 Sofern Hinweise auf zu erwartende Verstöße gegen einschlägige Regelungen z. B. des Jugendschutz-, Gaststätten-, Gewerbe- oder Bauordnungsrechts vorliegen, sind diese in die Gefahrenprognose einzubeziehen.

4. Weitere sicherheitsbehördliche und polizeiliche Maßnahmen

4.1 Sofern die nach Bewertung und Abwägung der oben genannten Gesichtspunkte erstellte Gefahrenprognose ergibt, dass Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu erwarten sind, soll eine entsprechende Verfügung erlassen werden. Ob dabei ein Verbot der gesamten Veranstaltung oder die Erteilung von Beschränkungen (z. B. Auftrittverbote für einzelne Musikgruppen oder Interpreten, Verbot des Abspielens bestimmter Musikstücke) in Betracht kommt, richtet sich nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalles. Zur Entscheidungsfindung ist auch die einschlägige Rechtsprechung, die in vergleichbaren Fällen ergangen ist, heranzuziehen.

4.2 Sofern bekannt ist, dass für die Veranstaltung Räumlichkeiten angemietet wurden oder werden sollen, sollten sich die zuständigen Sicherheitsbehörden (möglichst unter Einbeziehung der Polizei) an den jeweiligen Überlasser (z. B. Gaststättenbetreiber) wenden und diesen über den tatsächlichen Hintergrund und Charakter der Veranstaltung in Kenntnis setzen. Häufig werden Räumlichkeiten in Unkenntnis der Sachlage zur Verfügung gestellt, so dass ein aufklärendes Gespräch in vielen Fällen dazu führen kann, dass ein entsprechender Überlassungsvertrag aufgelöst oder gar nicht erst abgeschlossen wird. Kommt es dennoch zu einem Vertragsabschluss oder ist der Überlasser zu einer Vertragsauflösung nicht bereit, können gefahrenabwehrrechtliche Maßnahmen außer gegen den Veranstalter auch gegen den Überlasser gerichtet werden. Das kommt insbesondere dann in Betracht, wenn ein Veranstalter nicht bekannt oder nicht erreichbar ist.

5. Zuständigkeiten

5.1 Zuständige Sicherheitsbehörden sind die Verbandsgemeinden und Gemeinden, die keiner Verbandsgemeinde angehören (allgemeine Sicherheitsbehörden): Je nach Einzelfall kann daneben die Zuständigkeit der jeweiligen besonderen Sicherheitsbehörden (z. B. Jugendschutz-, Gaststätten-, Gewerbe- oder Bauordnungsbehörden) berührt sein. Diese Behörden sind rechtzeitig zu beteiligen. Ihre rechtlichen und fachlichen Bewertungen sind bei der Entscheidungsfindung und bei der Erarbeitung der durch die allgemeine Sicherheitsbehörde zu erlassenden Verfügung einzubeziehen. Sind Verfügungen unterschiedlicher Behörden erforderlich, so sind diese im Vorfeld aufeinander abzustimmen.

5.2 Das Landesverwaltungsamt als Fachaufsichtsbehörde stellt im Rahmen der Aufsicht sicher, dass die Landkreise ihre jeweilige Fachaufsicht sachgerecht ausüben und gegebenenfalls von ihrem Selbsteintrittsrecht gemäß § 90 Abs. 1 SOG LSA Gebrauch machen. Soweit erforderlich, hat das Landesverwaltungsamt selbst einzutreten.

5.3 Daneben kann die Eilzuständigkeit der Polizei gemäß § 2 Abs. 2 SOG LSA bestehen. Die Polizei hat eine rechtsextremistische Musikveranstaltung im Rahmen ihrer Eilzuständigkeit dann selbst zu beschränken oder zu verbieten und – soweit erforderlich – zu beenden, wenn nach eigener Einschätzung der Sach- und Rechtslage unter Einbeziehung der Hinweise dieses Runderlasses im jeweiligen Einzelfall eine Beschränkung oder ein Verbot auszusprechen ist und die Sicherheitsbehörden eine Verfügung nicht oder nicht rechtzeitig erlassen können. Dies wird in der Regel bei laufenden Veranstaltungen, die im Vorfeld nicht bekannt waren, der Fall sein. Sofern die Polizei im Rahmen der Eilzuständigkeit tätig geworden ist, hat sie die zuständige Sicherheitsbehörde im Nachgang über die durchgeführten Maßnahmen zu unterrichten.

6. Handlungsmöglichkeiten bei der Nutzung kommunaler Einrichtungen

6.1 Nach § 22 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO LSA) sind insbesondere die Einwohner der Gemeinde berechtigt, im Rahmen der bestehenden Vorschriften die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde zu nutzen.

Die öffentliche Einrichtung wird durch Widmung der Öffentlichkeit zur Benutzung zur Verfügung gestellt. Diese Widmung kann ausdrücklich, aber auch durch tatsächliche Nutzungspraxis erfolgen und steckt zugleich den Rahmen des Benutzungsanspruchs ab. Die Gemeinde hat die Möglichkeit, die Widmung zu beschränken. Dies kann, ebenso wie die Widmung selbst, ausdrücklich oder durch tatsächliche Nutzungspraxis erfolgen. Hinsichtlich der Nutzung durch politische Parteien ist hierbei insbesondere § 5 Abs. 1 des Parteiengesetzes i. V. m. Artikel 3 und Artikel 21 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes zu beachten.

6.2 Neben den Instrumenten, die im Rahmen der Widmung eingesetzt werden können, bestehen für die Gemeinde insbesondere vielfältige vertragliche Möglichkeiten, die Durchführung rechtsextremistischer Veranstaltungen auszuschließen oder zu erschweren. Es besteht insbesondere die Möglichkeit, eine Klausel in den Miet-

vertrag aufzunehmen. Danach wird im Mietvertrag festgelegt, dass ein Mieter nicht berechtigt ist, die Mieträume zur Durchführung von Veranstaltungen zu nutzen, auf denen rechtsextremistisches, rassistisches, antisemitisches oder antidemokratisches Gedankengut dargestellt oder verbreitet wird. Wird diese Klausel von der Gemeinde zum Vertragsinhalt gemacht und zugleich in allen vergleichbaren Fällen gleichmäßig praktiziert, kann eine dieser Klauseln nicht entsprechende Nutzung von Räumlichkeiten unterbunden werden.

Auch besteht die Möglichkeit, einen Antrag auf Nutzung dann abzulehnen, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zu befürchten ist, dass die Veranstaltung zur Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten genutzt wird und dies dem Veranstalter zurechenbar ist.

Um Fällen vorzubeugen, in denen unter Vortäuschung anderer Nutzungsabsichten (z. B. Geburtstags- oder andere Feierlichkeiten) rechtsextremistische Veranstaltungen unzulässigerweise durchgeführt werden, sollte in der Benutzungsordnung oder spätestens im Mietvertrag der Nutzungszweck ausdrücklich festgehalten werden. Weicht der tatsächliche Nutzungszweck von dem vereinbarten ab, kann sich die Gemeinde unter Umständen vom Vertrag lösen. Es ist dann zu prüfen, ob es der Gemeinde zuzumuten ist, das Mietverhältnis fortzusetzen.

Da in der unbefugten Nutzung regelmäßig zugleich eine arglistige Täuschung über die tatsächliche Nutzung der Räume vorliegt, kann die Gemeinde aus diesem Grunde den Vertrag anfechten. Um hier gegebenenfalls langwierige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden, sollte der Schwerpunkt insoweit auf eine ausdrückliche Aufnahme des Nutzungszweckes im Vertrag gelegt werden. Eine unbefugte Nutzung sollte bereits vertraglich mit einer Strafe sanktioniert werden. Diese Vertragsstrafe sollte fällig werden, wenn die tatsächliche Nutzung von der vereinbarten abweicht. Sie kann durch vorherige Zahlung einer Sicherheitsleistung durch den Mieter abgesichert werden. Ebenso sollte eine Vertragsstrafe für den Fall vereinbart werden, dass es zu strafbarem Verhalten, das dem Veranstalter zurechenbar ist, kommt.

Da es bei Veranstaltungen im Sinne dieses Runderlasses zu Sachschäden kommen kann, sollten die Gemeinden von ihrem Recht auf Sicherheitsleistung oder auch Garantiehaftung für Schäden Gebrauch machen (§ 104 Abs. 2 Satz 1 GO LSA).

6.3 Liegen der Gemeinde tatsächliche Anhaltspunkte vor, dass bei einer Veranstaltung im Sinne dieses Runderlasses, die in einer kommunalen Einrichtung durchgeführt werden soll, mit Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu rechnen ist, hat die Gemeinde unverzüglich die zuständige allgemeine Sicherheitsbehörde oder die Polizei zu informieren. Das weitere Vorgehen ist sodann zwischen Gemeinde, Sicherheitsbehörden und Polizei nach den Maßgaben dieses Runderlasses und unter Beachtung der jeweiligen Sach- und Rechtslage abzustimmen.

7. Auswertung zurückliegender Veranstaltungen

Zur Optimierung von gefahrenabwehrenden Maßnahmen und des Zusammenwirkens zwischen Sicherheitsbehörden,

Polizei, Gemeinden und gegebenenfalls weiteren Beteiligten (z. B. Vermieter von Räumlichkeiten) für künftige Fälle ist es zweckmäßig, die bei zurückliegenden Veranstaltungen durchgeführten Maßnahmen jeweils im Rahmen einer gemeinsamen Nachbereitung auszuwerten. Eine Nachbereitung hat in jedem Fall dann zu erfolgen, wenn mindestens ein Beteiligter im oben genannten Sinne dies für erforderlich erachtet.

8. Inkrafttreten

Dieser RdErl. tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

An
die Landesdienststellen der Polizei,
das Landesverwaltungsamt,
die Landkreise und kreisfreien Städte,
die Verbandsgemeinden und Gemeinden, die keiner Verbandsgemeinde
angehören

H. Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt

Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Halle 2011

Bek. des MLU vom 1. 8. 2011 – 34.2/44243-3

Bezug:
Bek. des MLU vom 20. 12. 2010 (MBI. LSA 2011 S. 9)

1. Anlass

Anlass für die Aufstellung des Luftreinhalteplans sind die Überschreitungen des Grenzwertes zum Schutz der menschlichen Gesundheit für den Stickstoffdioxid (NO₂)-Jahresmittelwert an der Verkehrsmessstation in der Paracelsusstraße von Halle (Saale) im Jahr 2010. Außerdem traten im Jahr 2010 mehr als die zulässigen 35 Überschreitungen des Tagesgrenzwertes für Feinstaub PM₁₀¹ von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m³) auf.

Das Ministerium hat unter fachlicher Begleitung durch das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (LAU) und im engen Zusammenwirken mit der Stadt Halle (Saale) den Entwurf zum Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Halle 2011 nach den Anforderungen des § 47 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. 9. 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. 7. 2011 (BGBl. I S. 1475, 1498), und der Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen (39. BImSchV) vom 2. 8. 2010 (BGBl. I S. 1065) aufgestellt.

¹ Masse aller im Gesamtstaub enthaltenen Partikel, deren aerodynamischer Durchmesser kleiner als 10 Mikrometer ist

Nachdem die Öffentlichkeit vom 7. 2. 2011 bis 7. 3. 2011 Einsicht in den Entwurf nehmen konnte und anschließend noch zwei Wochen Gelegenheit zur Stellungnahme gegenüber dem Ministerium bestand, wurden die Stellungnahmen angemessen berücksichtigt.

2. Überplantes Gebiet

Das Plangebiet umfasst den Ballungsraum Halle (**Anlage 1**). Der Plan enthält nur Maßnahmen innerhalb des Stadtgebietes.

3. Übersicht der wesentlichen Maßnahmen

Der Luftreinhalteplan beinhaltet einen Maßnahmenkatalog, um die Partikel PM₁₀- und NO₂-Belastung im Ballungsraum Halle deutlich zu senken und die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte beider Luftschadstoffe sicherzustellen. Der Forderung des § 47 Abs. 4 BImSchG nach verursachergerechten und verhältnismäßigen Maßnahmen wird entsprochen. Als wirksamste Maßnahme ist die stufenweise Einführung der Umweltzone in Kombination mit weiteren Maßnahmen vorgesehen. Die Umweltzone wirkt flächenhaft, so dass innerhalb der Zone aber auch über sie hinaus eine Minderung der Luftbelastung eintreten wird. Während in der ersten Stufe Fahrzeuge mit dem schlechtesten Abgasverhalten an der Einfahrt in die Umweltzone gehindert werden, sind in der zweiten Stufe alle Fahrzeuge ausgeschlossen, die die Euro 4/IV-Norm nicht erreichen. In einer dritten Stufe wird der Bereich der Paracelsusstraße und Berliner Brücke größtenteils in das Gebiet der Umweltzone einbezogen unter der Voraussetzung der Fertigstellung der Haupterschließungsstraße Ost, das heißt:

- Stufe 1 mit Einfahrverbot für Fahrzeuge ohne Plakette und mit roter Plakette ab dem 1. 9. 2011 und
- Stufe 2 mit Einfahrverbot für Fahrzeuge ohne Plakette, mit roter Plakette oder gelber Plakette ab dem 1. 1. 2013 und
- Stufe 3 mit Einfahrverbot für Fahrzeuge ohne Plakette, mit roter Plakette oder gelber Plakette unter Einbeziehung der Paracelsusstraße und Berliner Brücke in das Umweltzonengebiet ab dem 1. 9. 2014.

Im Kapitel 3.2.3 des Luftreinhalteplans sind die lokal umzusetzenden Maßnahmen und insbesondere im Kapitel 3.2.3.3 und 4 die Details zur Umweltzone mit den Entscheidungsgründen und Abwägungen dargelegt.

Karten zur Umweltzone der Stufen 1 und 2 und der Stufe 3 enthält **Anlage 2**.

4. Öffentliche Bekanntmachung

Der fertig gestellte Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Halle 2011 mit den Gründen und Erwägungen, auf denen die getroffenen Entscheidungen beruhen, und eine Darstellung des Ablaufs des Beteiligungsverfahrens liegen vom 18. 8. 2011 bis zum 31. 8. 2011 während der Sprechzeiten Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9 bis 12 Uhr und 13 bis 15 Uhr, Dienstag von 9 bis 12 Uhr und 13 bis 18 Uhr und Freitag von 9 bis 12 Uhr im Umweltamt der Stadt Halle (Saale), Hansering 15, Zimmer 135 und 152 zur Einsicht aus.